

Integrationsministerin Anne Spiegel im Dialog mit Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

„Zumutungen der Migrationsgesellschaft – Chancen für Demokratie“: Zu diesem Thema kamen Integrationsministerin Anne Spiegel und der Münsteraner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani ins Gespräch. „Erst Jahre zu spät hat die Bundesregierung erkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist“, findet die Ministerin. „Ich hoffe, dass die künftige Bundesregierung daraus die richtigen Schlüsse zieht und sich beispielsweise auf ein Einwanderungsgesetz verständigen wird.“ Ein Einwanderungsgesetz berge neue Gestaltungsmöglichkeiten, sagte sie und verwies in diesem Zusammenhang auf das 2016 in Rheinland-Pfalz eingeführte Integrationskonzept. Es berücksichtige und definiere viele Themen im Zusammenhang mit Integration, wie etwa Sprache, Arbeit und Bildung, führte Spiegel aus.

Sie wies auch darauf hin, dass die Integrations- und Zuwanderungsdebatte auf einer sachlichen Ebene fortgeführt werden müsse und beendete ihr Eingangsstatement mit einem Appell: „Unser Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe für geflüchtete Menschen an allen Lebensbereichen. Sie müssen in Entwicklungen und Entscheidungen, die sie betreffen, einbezogen werden. Dies wird nicht von heute auf morgen geschehen. Denn Integration ist ein Prozess, der uns Jahre, Jahrzehnte, ja sogar über Generationen hinweg beschäftigen wird.“

Konflikte als Motor gesellschaftlicher Entwicklung

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani greift den Titel der Veranstaltung auf und beschreibt die Folgen für Deutschland als Migrationsgesellschaft: „Selbstverständlich ist das eine Riesenzumutung, denn es hat Auswirkungen auf den Alltag, auf Privilegien und auf die gesellschaftlichen Grundlagen“, so sein Statement. Aber gleichzeitig gelte: „Zumutungen sind so fundamental wie die Schwerkraft.“ Anders ausgedrückt: Nicht Einwanderung ist das Problem, sondern die Integration, denn sie führe zu Konflikten, so El Mafaalani, und brachte Beispiele dafür: Wenn eine Putzfrau in der Schule ein Kopftuch trage, störe das niemanden; wenn Frauen mit Kopftuch allerdings als Lehrerinnen in der Schule arbeiten wollten, hätten viele etwas dagegen. Mit einer weiteren Metapher erklärte er die Auseinandersetzung um Statusfragen: Erst sitze die erste Generation am „Katzentisch“, dann am selben Tisch, um mitzuessen, und schließlich wolle sie

schon im Vorfeld bei den Rezepten mitmischen. Das führe dazu, dass Privilegien neu ausgehandelt würden und es zu Verliererinnen und Verlierern komme – und zu Konflikten. „Doch Konflikte sind in Einwanderungsgesellschaften wichtig. Sie zeigen einerseits, dass vorher schon viel Positives passiert ist. Andererseits tragen sie zum Wandel und der dynamischen Entwicklung einer Gesellschaft bei“, resümierte der Migrations- und Integrationsexperte.

Nach ihren Statements folgte der gemeinsame Austausch – etwa darüber, ob und wie dieses *„Mitmischen bei den Rezepten“* erreicht werden könne und somit eine frühzeitige Beteiligung und Teilhabe der zu uns geflüchteten Menschen. „Es wird darum gehen die Fehler, die im Umgang mit der ersten Generation der Arbeitsmigranten gemacht wurden, nicht zu wiederholen“, so Integrationsministerin Spiegel. Deshalb setze Rheinland-Pfalz darauf, dass Integrationsangebote möglichst früh ansetzen, beispielsweise schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen – ganz gleich, woher die Asylbegehrenden kämen und welche Bleibeperspektive sie hätten. Einig waren sich Spiegel und El-Mafaalani darin, das über Integration weiterhin „gestritten“ werden dürfe und müsse. Allerdings ehrlich und mit sachlichen Argumenten.

Integrationsministerin Anne Spiegel machte deutlich, dass nicht zuletzt verhindert werden müsse, Geflüchtete für aktuelle Missstände oder soziale Ungerechtigkeiten verantwortlich zu machen. „Weder die Wohnraumknappheit in Ballungszentren, noch die weiter auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich sind den schutzsuchenden Menschen anzulasten. Diese Probleme offenbaren nur langjährige Versäumnisse der Bundespolitik“, hob Spiegel hervor.

Der Einladung von IQ Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz, IQ Fachstelle Migrant*innenökonomie, Inprocedere – Bleiberecht durch Arbeit 2.0. und des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. (ism) waren 80 Gäste in Mainz gefolgt.